



AUSGABE 162
November 2014

ANALYSEN & ARGUMENTE

Nach dem Gipfel in Wales: Die strategische Agenda der NATO

Aylin Matlé | Alessandro Scheffler (ext.)

Zwei Wochen nach dem NATO-Gipfel in Wales vom 4. bis 5. September 2014 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung eine kleine Gruppe von Experten und Führungskräften zu einem Workshop ein, um über die Ergebnisse des Gipfels und die bevorstehenden Herausforderungen zu diskutieren. Neben Diskussionsbeiträgen zur praktischen Umsetzung und weiteren Vorgehensweise gaben die Teilnehmer politischen Entscheidungsträgern in Deutschland konkrete Empfehlungen, wie Berlin die künftige strategische Ausrichtung der NATO beeinflussen kann. Zu den drängendsten Themen zählte die aktuelle Lage in der Ukraine und mit ihr die Möglichkeiten, langfristig auf Putins aggressives Vorgehen zu reagieren und die Aufgaben und Fähigkeiten der NATO entsprechend anzupassen.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

- Die einhellige Verurteilung des aggressiven Vorgehens Russlands in der Ukraine durch das Bündnis ist zweifellos als Erfolg des Gipfels in Wales zu werten.
- Die hybride Kriegsführung in der Ukraine verlangt mehr als eine symbolische Rückversicherung der Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas: Sie erfordert eine Anpassung des Streitkräftedispositivs und des Konzepts der kollektiven Verteidigung der NATO.
- Die NATO muss daher ihre in den letzten zwanzig Jahren vernachlässigten Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung stärken. Darüber darf sie jedoch nicht ihre beiden anderen Kernaufgaben – Krisenmanagement und kooperative Sicherheit – vergessen. Ein bloßes „back to the roots“ reicht nicht aus.
- Die anstehende *Political Guidance* muss deshalb den Aufbau der Fähigkeiten für zeitgemäße kollektive Verteidigung einleiten und dabei gleichzeitig die Balance zwischen den NATO-Kernaufgaben wahren.
- Auch wenn der Wert bestehender Partnerschaften explizit gewürdigt wird, ist die NATO gut beraten, sich zu fragen, was genau sie von diesen erwartet. Das Bündnis muss Wege finden, um Partnerschaften mit Ländern wie der Ukraine oder Georgien einzugehen, die eine echte Alternative zur Mitgliedschaft darstellen.

DIE AUTOREN

Aylin Matlé ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie studiert War Studies am King's College London und ist ehemalige Praktikantin der Konrad-Adenauer-Stiftung im Team Politikdialog und Analyse der Hauptabteilung Politik und Beratung.

Alessandro Scheffler Corvaja ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr München und am George C. Marshall European Center for Security Studies. Er ist zudem Mitglied des Arbeitskreises Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.



GIPFELERGEBNISSE UND AUSBLICK

Die NATO, Russland und die Ukraine

Die einstimmige und scharfe Verurteilung des russischen Vorgehens in der Ukraine ist ein erster Erfolg des Gipfels vom 4. bis 5. September 2014. Während die Einschätzungen der Mitgliedstaaten anfangs auseinander gingen, hat die NATO mit der Zeit jedoch – spätestens seit dem Abschuss des Passagierflugzeugs im Juni – zunehmend geschlossen agiert und auch der Versuchung widerstanden, die Formulierungen in der Erklärung von Wales aufzuweichen. Das Infragestellen bestehender europäischer Grenzen durch Moskau stellt nur einen Aspekt eines Musters konstanten Fehlverhaltens mit vielen Facetten dar, so wie etwa in der Rüstungskontrolle und bei der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen wie des Budapester Memorandums von 1994. Die Bündnispartner sind daher einer Meinung, dass dieses Vorgehen das Vertrauensverhältnis schwer beschädigt hat und eine enge Zusammenarbeit in naher Zukunft praktisch unmöglich macht. Die fortwährende Verletzung seiner vertraglichen Verpflichtungen weckt hierbei auch ernste Zweifel an der Verlässlichkeit jedweder künftiger Vereinbarungen.

Doch auch wenn die Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen: Sollte sich Moskau nachgiebiger zeigen, könnte die augenblickliche Geschlossenheit schnell in Spannungen innerhalb des Bündnisses umschlagen. Das gilt vor allem für Mitgliedstaaten mit starken wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland. Eine Zusammenarbeit mit Russland ist allerdings nicht nur für bestimmte Mitgliedstaaten unvermeidbar: Auch die NATO als Ganzes wird trotz allem weiterhin in einer Reihe wichtiger sicherheitspolitischer Herausforderungen mit Moskau zusammenarbeiten müssen, wie beispielsweise mit Blick auf (islamistischen) Terrorismus oder einen nuklearen Iran.

Die NATO hat in jedem Fall gut daran getan, die NATO-Russland-Grundakte nicht infrage zu stellen. Erstens besteht keine Notwendigkeit, dies zu tun. Da in der Akte lediglich eine dauerhafte Präsenz größerer Verbände ausgeschlossen wird, bleibt der NATO genug Interpretationsspielraum für alle Maßnahmen, die sie für erforderlich hält. Wichtiger ist jedoch, dass die NATO-Russland-Grundakte einen vereinbarten institutionellen Rahmen darstellt, der eine Zusammenarbeit erst möglich macht. Eine solche Struktur im Falle einer späteren Wiederannäherung, oder auch nur um der rein pragmatischen Zusammenarbeit willen, wieder von Grund aufzubauen, würde eine fast unüberwindbare Herausforderung darstellen.

Die Balance zwischen den Kernaufgaben der NATO

Die gegenwärtige Krise hat bereits zu einer stärkeren Betonung von Artikel 5 und der in ihm formulierten Aufgabe der Bündnisverteidigung geführt. Mit dem Auslaufen der ISAF-Mission in diesem Jahr und zunehmend unwahrscheinlicheren Krisenmanagement-Operationen – eine Folge von „Interventionsmüdigkeit“ und geringer Aussicht auf ein Sicherheitsratsmandat gleichermaßen – sind die Staaten versucht, die zwei anderen Kernaufgaben, also Krisenmanagement und kooperative Sicherheit, einfach ad acta zu legen. Doch ein solches „back to the roots“ wäre aus drei Gründen ein Fehler: Erstens würde eine einseitige Fokussierung auf diese Aufgabe die NATO auf Jahre hinaus zum Gegenspieler Russlands machen. Zweitens mag die russische Bedrohung momentan die größte Sorge sein, doch der Rest der Welt hält auch nicht einfach still: Weltweit entstehen stetig neue Krisenherde, und die NATO muss die Fähigkeit, wenn nötig auch „Out-of-Area“ militärisch einzugreifen, bewahren. Rückblickend war schließlich keine der Operationen der letzten Jahre im Voraus geplant. Und drittens unterstützen sich die drei Kernaufgaben gegenseitig: Keine lässt sich ohne die anderen vollständig erfüllen.

Daher sollte die NATO ihre Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung stärken, dabei aber eine 360-Perspektive behalten und, wie im Strategischen Konzept von 2010 festgelegt, für alle drei Kernaufgaben gerüstet bleiben. Die Notwendigkeit, wieder mehr Gewicht auf Artikel 5 zu legen, resultiert nämlich nicht etwa daraus, dass er wichtiger wäre als die anderen Aufgaben. Vielmehr ist sie eine Konsequenz daraus, dass Bündnisverteidigung gerade mit Blick auf die östlichen Mitgliedstaaten jahrelang nur auf dem Papier als Kernaufgabe behandelt wurde. Obgleich Artikel 5 offiziell als Eckpfeiler des Bündnisses gilt, wurden sowohl die notwendigen Fähigkeiten als auch angemessene Eventualfallpläne (*contingency plans*) vernachlässigt.

Moderne Bündnisverteidigung

Die inzwischen berühmten „grünen Männchen“ Russlands und das in der Ukraine-Krise demonstrierte Konzept der hybriden Kriegsführung erfordern mehr als die Zusicherung der NATO, ihre mittel- und osteuropäischen Verbündeten zu verteidigen. Diese ist bereits mit dem *Readiness Action Plan* (für eine erhöhte Einsatzbereitschaft) und der darin angekündigten Bereitstellung bedeutender Luftstreitkräfte und Truppen auf Rotationsbasis unterstrichen worden.

Vielmehr erwächst aus der Bedrohung durch hybride Kriegsführung die Notwendigkeit, das Streitkräftedispositiv der NATO und ihr Gesamtkonzept der kollektiven Verteidigung anzupassen. Daher muss die neue schnelle Eingreiftruppe



(*Very High Readiness Joint Task Force* – VJTF) mehr als eine in kurzer Zeit einsatzbereite Infanteriebrigade sein: Sie muss auf die komplexen Bedrohungsszenarien reagieren können, mit denen es der Westen in der Ukraine zu tun hat. Zudem bedeutet der begrenzte Umfang ziviler NATO-Ressourcen, dass die Gestalt der VJTF und der angepassten Eventualfallpläne mit den Anstrengungen anderer staatlicher Akteure, vor allem mit dem Aufnahmestaat, voll und ganz vereinbar sein müssen.

Die Fähigkeiten der NATO und die künftige Political Guidance

Die Herausforderung für die NATO ist es also, in einem sich wandelnden Sicherheitsumfeld nach wie vor alle drei Kernaufgaben wahrzunehmen. Daher hat der Gipfel dem Thema ‚Fähigkeiten‘ breiten Raum eingeräumt, und dies zu einem besonderen Zeitpunkt: Vor kurzem hat die NATO den ersten Zyklus ihres neuen Verteidigungsplanungsprozesses abgeschlossen und erarbeitet nun bis Juni 2015 eine neue *Political Guidance*, die das Streitkräftedispositiv der NATO entscheidend prägen wird. Angesichts des seit der letzten *Guidance* von 2011 erheblich veränderten Sicherheitsumfelds ist dieser Prozess daher eine Gelegenheit, die erforderlichen militärischen Fähigkeiten des Bündnisses zu definieren. Die neue *Political Guidance* muss daher insbesondere die folgenden Fähigkeiten berücksichtigen, die aus verschiedenen Veränderungen des Sicherheitsumfelds und der Rolle der NATO darin resultieren:

- Die Neubetonung von Artikel 5, am deutlichsten im *Readiness Action Plan*, und das gleichzeitige Bekenntnis zu den anderen beiden Kernaufgaben machen es erforderlich, weiterhin einen Schwerpunkt auf verlegbare Fähigkeiten zu legen.
- Die besonderen Fähigkeitsanforderungen, um hybrider Kriegsführung entgegenzutreten, einschließlich möglicher ziviler Komponenten und unter Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes (*comprehensive approach*), müssen ausreichend berücksichtigt werden.
- Desgleichen sind Eventualfallpläne anzupassen: Neben dem langfristigen Einmarsch großer Truppenkontingente müssen sie auch „quick-in-and-out“-Einsätze einschließen. Diese setzen ganz spezifische Fähigkeiten voraus, vor allem im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft.
- Auch die Umsetzung der *Defense and Security-Related Capacity Building Initiative* als Teil der kooperativen Sicherheitsaufgabe des Bündnisses erfordert eine Reihe eigener Fähigkeiten.

- Die Abhängigkeit von den USA im Bereich der *Strategic Enablers* (Unterstützungselemente), die bedenklichste Schwachstelle der NATO, wächst und gefährdet den Zusammenhalt des Bündnisses. Vor dem Hintergrund der deutlichen Senkung der Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren müssen allgemeine Fragen der Lastenteilung überdacht werden, etwa die Debatte um relative bzw. absolute Defizite, um den besten und konsistentesten Fähigkeitenkatalog zu erstellen.
- Mit Blick auf die Militärausgaben hat der Gipfel in Wales das 2-%-Prinzip bekräftigt. Allerdings lassen die lange Zeithorizont zur Erreichung dieses Ziels und die schwammigen Formulierungen bereits erahnen, dass die Mitgliedstaaten dieses Sollziel nicht ernst nehmen werden als zuvor. Andererseits könnte sich die in Wales abgegebene Zusage der Bündnispartner, jeweils 20 % ihrer Verteidigungshaushalte Investitionen zu widmen, als zweitbeste Lösung erweisen, um die Modernisierung der Streitkräfte anzuschieben.

Raketenabwehr und nukleare Abschreckung

Die Raketenabwehr der NATO (*Ballistic Missile Defense* – BMD) ist gegenüber 2012 robuster geworden. Mehrere Gipfelteilnehmer kündigten freiwillige nationale und multinationale Beiträge an, die die Lastenteilung in diesem wichtigen Aufgabenfeld verbessern werden. Überdies wird die NATO weiterhin Führungsvorkehrungen und die Fortschritte bei der politischen Aufsicht beobachten, die in den vergangenen zwei Jahren zu erkennen waren.

In Fragen der BMD unterstreicht die Gipfelerklärung den Willen zur Zusammenarbeit mit Russland. Dennoch ruht die Arbeit der NATO-Russland-Arbeitsgruppe ‚Raketenabwehr‘, und auch die politisch-militärische Debatte wurde ausgesetzt. In den Augen der meisten Experten fällt das nicht ins Gewicht: Russland ließ sich von Anfang an nur mit Mühe zur Teilnahme bewegen, und die Ernsthaftigkeit seiner Absichten wurde oft angezweifelt. Tatsächlich glaubt kaum jemand Russlands angeblicher Sorge, die BMD der NATO schwäche sein strategisches Abschreckungspotenzial. Moskaus Widerstand gegen das Programm wurzelt vielmehr in der tief sitzenden Furcht, allgemeinere Entwicklungen gefährdeten die russische Abschreckung: Globale Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen, Raumfahrtkapazitäten und konventionelle *Prompt Global Strike*. Die NATO bleibt in dieser Frage daher viel stärker Geisel einer fehlenden Strategiedebatte zwischen Russland und den USA als ein eigenständiger Akteur. Dies ließ sich nicht zuletzt in den Verhandlungen zum Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme beobachten.



Bedauerlicherweise enthält die Gipfelerklärung zum Thema Abschreckung nichts Neues. Stattdessen wurden die Passagen über Abschreckung und nukleare Fragen lediglich aus der Erklärung des Gipfels in Chicago 2012 übernommen. Angesichts des Ausmaßes, in dem sich das Sicherheitsumfeld seitdem gewandelt hat, ist dieser Umstand ein Beleg für generell fehlendes strategisches Denken im Bereich der Abschreckung. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der hybriden Kriegsführung auf der Krim und der Bedeutung, die Russland der nuklearen Abschreckung beimisst, besorgniserregend. Der Mangel an strategischem Denken hat zwei Ursachen: die im letzten Jahr innerhalb der Allianz geführte Kontroverse um nukleare Abschreckung wie auch Wissenslücken in Sachen Abschreckung bei vielen jüngeren Verantwortlichen. Diese rühren nicht zuletzt daher, dass dieses Thema allmählich aus den Studienplänen der Universitäten verschwindet.

Erweiterung

Die Frage nach dem Sinn und Zweck der Erweiterung spaltet die NATO weiter tief. Zwar stimmen alle dem Diktum des ehemaligen NATO Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer zu, dass neue Mitglieder dem Bündnis zusätzlichen Wert und nicht Probleme verleihen müssen. Strittig ist allerdings, worin dieser Mehrwert besteht: Stabilität, gemeinsame Werte oder militärische Fähigkeiten? Die Trennlinie verläuft hierbei zwischen jenen Alliierten, die in einer Erweiterung vor allem zusätzliche Fähigkeiten und Stabilität sehen, und denjenigen, die eine Destabilisierung durch sich verschlechternde Beziehungen zu Russland und Einbußen in der Effizienz und Glaubwürdigkeit der Allianz befürchten.

Diese Debatte hängt letztlich an der Auslegung von Artikel 10 des Nordatlantikvertrags, der das Interesse der NATO bekundet, die Tür für alle europäischen Staaten offen zu halten. In den 1990er Jahren hat sich gezeigt, dass das Bündnis als Ganzes keine Einigung erzielen konnte, wie eine Erweiterung erreicht werden könne, ohne ständig neue Konflikte mit Russland heraufzubeschwören. Diese Dynamik verstetigte sich mit dem Beitritt ehemaliger Ostblockstaaten, die gegenüber Russland tiefes Misstrauen hegten und eine stärkere NATO-Erweiterung befürworteten, um ihr unmittelbares regionales Umfeld zu stabilisieren. Da am Prinzip von Artikel 10 nicht gerüttelt wird, sollte die Frage der Erweiterung auf anderen Kriterien fußen, zum Beispiel auf Effizienz und Glaubwürdigkeit und damit letztlich auf der „Tauglichkeit“ eines Beitrittskandidaten.

Die NATO muss daher zunächst einmal eine gemeinsame Haltung und innere Geschlossenheit in dieser Frage finden, bevor sie eine Mitgliedschaft von Ländern wie Georgien und der Ukraine weiter in Betracht ziehen kann. Eines dieser

Länder aufzunehmen, nur um Russland zu bestrafen, würde niemandem mehr Sicherheit bringen. Aktionspläne zur Mitgliedschaft (*Membership Action Plans*) sind nützlich, um in einem Land Veränderungen zu fördern. Die NATO sollte jedoch nicht versuchen, immanent politische Fragen zu bürokratisieren. Stattdessen sollte sie Beziehungen im Rahmen der aktuellen Partnerschaftspolitik aufbauen. Hier kann sich die NATO in einem Punkt verbessern, den sie stets vernachlässigt hat: Diesen Ländern eine interessante Alternative zur Mitgliedschaft anzubieten.

Die Lage auf dem Balkan verhält sich in dieser Hinsicht ganz anders: 2015 wird über den Beitritt von Montenegro entschieden, und Mazedonien wäre ohne den Namensstreit mit Griechenland schon lange NATO-Mitglied. Balkanstaaten treten der NATO primär bei, weil diese kooperative Sicherheit bietet. Dadurch bringt die Erweiterung der Region mehr Stabilität und hilft, in den jeweiligen Ländern Veränderungsprozesse in Gang zu setzen. Ist die Lage schon für die westlichen Balkanstaaten eine andere, so trifft dies umso mehr auf etwaige NATO-Aufnahmeanträge skandinavischer Partner zu.

Die Partnerschaften der NATO

Das Ende des ISAF-Engagements in Afghanistan und die erneute Betonung der kollektiven Verteidigung werfen die Frage nach der künftigen Rolle der Partnerschaften der NATO auf, die bislang eine echte Erfolgsgeschichte gewesen sind. Die Bedeutung, die den Partnerschaften (und darüber hinaus der kooperativen Sicherheit) in der Erklärung von Wales beigemessen wird, zeigt, dass die Verbündeten ihren Wert anerkennen. Zur Stärkung dieser Partnerschaften wurden mehrere Initiativen angekündigt. Die erste kann ohne zu zögern befürwortet werden: Die neu gegründete Interoperabilitätsplattform stellt einen wichtigen Mechanismus dar, der die Interoperabilität mit maßgeblichen Partnern für ein weltweites Krisenmanagement erhalten soll.

Doch auch wenn die Gipfelerklärung NATO-Partnerschaften grundsätzlich befürwortet, bleibt es schwer, den Zweck einiger von ihnen zu erfassen. Manche Partnerschaften – vor allem regionale – scheinen von ihrer Form her eher ein Erbe der Vergangenheit als eine Bereicherung für die Zukunft zu sein. Zudem ist oft unklar, auf welche Weise sie nicht nur zur Sicherheit der NATO, sondern auch der Partnerländer beitragen. Eine Umstrukturierung ihrer Partnerschaften entlang hierarchischer oder funktionaler Linien wird aus Sicht der öffentlichen Diplomatie für die NATO schwierig bleiben. Die Allianz sollte sich dennoch fragen, was sie von ihren Partnern erwartet und dies unmissverständlich kommunizieren.



Möglicherweise tiefgreifende Veränderungen folgen aus der *Defense and Security-Related Capacity Building Initiative* und der Ernennung des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO zum Sonderkoordinator für den Aufbau von Verteidigungskapazitäten. Auch wenn abzuwarten bleibt, ob sich mehr dahinter verbirgt als ein Neuverpacken alter Partnerschaften, könnte es ein Signal sein, dass Kapazitätsaufbau zu einer herausragenden dauerhaften Funktion der kooperativen Sicherheitsaufgabe wird. Eine deutlichere Trennung der Krisenmanagement- von Kapazitätsaufbau-Partnern wäre hierbei auch ein Beitrag zur gebotenen Unterscheidung verschiedener Partnerschaftskategorien.

Die NATO und der asiatisch-pazifische Raum

Europa und der asiatisch-pazifische Raum haben viele gemeinsame sicherheitspolitische Sorgen, etwa die Verbreitung nuklearer und ballistischer Raketen und die Bedrohung durch Piraterie auf See. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Ländern in der Region liegt daher nahe. Zugleich sind die Mitgliedstaaten aber uneins in der Frage, welche Rolle die NATO in diesem Bereich spielen könnte und sollte, vor allem welche Position sie in den Beziehungen zwischen den USA und China einnehmen sollte.

Die Beziehungen zwischen der NATO und ihren asiatisch-pazifischen Partnern lassen sich verbal und praktisch stärken: Das Bündnis sollte gegenüber seinen Partnern in der Region eine eindeutige, unterstützende Haltung einnehmen. Zweitens sollte erwogen werden, einen ständigen Mechanismus für die Teilnahme des NATO-Generalsekretärs an den Tagungen des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zu schaffen, um einen regelmäßigeren Austausch auf hoher Ebene zu gewährleisten. Die wichtigste Aufgabe jedoch, welche die europäischen NATO-Mitglieder in Asien übernehmen könnten, besteht darin, die USA in Europa dadurch zu entlasten, dass sie sich stärker selbst um ihre Sicherheit kümmern.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

Aus den Ergebnissen des Workshops sind einige explizite Politikempfehlungen hervorgegangen, sowohl für das Bündnis als auch und im Besonderen für Deutschland:

- Deutschland sollte die Bemühungen der NATO, Verteidigungs- und zugehörige Sicherheitskapazitäten aufzubauen, mit Nachdruck unterstützen. Ferner sollte Deutschland sicherstellen, dass der entsprechende Bedarf an Fähigkeiten Eingang in die *Political Guidance* findet, und abschätzen, wie ein eigener Beitrag aussehen kann.

Überdies sollte Deutschland Möglichkeiten ausloten, diese Bemühungen in die deutsche *Enable and Enhance Initiative* und in seinen Vorschlag, eine *EU-Battlegroup* in ähnlicher Funktion einzusetzen, zu integrieren.

- Die Arbeit der Rühle-Kommission ist von überragender Bedeutung für den Erfolg der Initiativen *Pooling and Sharing* und *Smart Defense*. Die offenkundige Unzuverlässigkeit Deutschlands – ein bekanntes Beispiel ist der Rückzug aus den AWACS-Aufklärungsflugzeugen während der NATO-Intervention in Libyen 2011 – ist ein Grund, weshalb viele Mitgliedsstaaten diese Konzepte mit großer Skepsis betrachten. Eine Stärkung deutscher Verlässlichkeit hätte daher einen beachtlichen Nebeneffekt für das gesamte Bündnis.
- Diesbezüglich gilt das *Rahmennationenkonzept*, das manche auch als „deutsche Eigentherapie“ bezeichnen, bei den Verbündeten als Schritt Deutschlands in die richtige Richtung. Deutschlands Verlässlichkeit als *Anlehnungspartner* ist wichtige Voraussetzung dafür, dass das Konzept weitergehende Akzeptanz im Bündnis findet.
- Deutschland sollte sicherstellen, dass die VJTF so ausgestaltet wird, dass sie der besonderen Herausforderung durch Russlands hybride Kriegsführung gerecht wird und gemeinsam mit anderen Akteuren in einem umfassenden Ansatz agieren kann. Da Deutschland in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union eine wichtige Rolle innehat, kommt seinem Engagement besondere Bedeutung zu.
- Im Hinblick auf Abschreckung muss das Bündnis unbedingt wieder stärker strategisch denken. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland diesbezüglich eine führende Rolle übernimmt. Gleichwohl sollte Berlin dem Denkprozess in der NATO nicht im Wege stehen.
- Die Einigung auf die Zusage, 20 % des Verteidigungshaushalts in Beschaffung, Forschung und Entwicklung zu investieren, zieht für Deutschland, einem maßgeblichen Gegner des 2-%-Prinzips, eine starke Verpflichtung nach sich. Angesichts der aktuellen Probleme Deutschlands bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern ist eine schnelle Lösung gefragt, soll dieses Konzept nicht von Anfang an untergraben werden.



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.



Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.